



Interviews

16. August 2023

Burkhard Blienert im Gespräch mit Sarah Zerback

Sarah Zerback: Legalisierung light statt Legalisierung und ein Gesetzentwurf, der in den vergangenen Monaten von 80 auf inzwischen 160 Seiten gewachsen ist. Heute will der Bundesgesundheitsminister die durchs Kabinett bringen. Der Sucht- und Drogenbeauftragte der Bundesregierung hat das mal als eines der „zentralen Projekte“ der Bundesregierung bezeichnet, dabei aber auch von komplexen Fragen gesprochen. Das war zu Beginn der Legislaturperiode. Jetzt ist er am Telefon, der SPD-Politiker Burkhard Blienert. Schönen guten Morgen, Herr Blienert.

Burkhard Blienert: Guten Morgen, Frau Zerback.

Zerback: War das Ganze dann doch komplizierter als im Wahlkampf gedacht?

Blienert: Mir war klar, dass es viele Fragen sind, die wir auf dem Weg von der Repression zur Regulierung von Cannabis gehen müssen. Das habe ich immer wieder deutlichgemacht, dass wir uns um viele Einzelfragen und Details auch kümmern müssen. Es war für mich nicht überraschend. Deshalb sind wir auch früh angefangen, Diskussionen zu führen. Ich habe versucht, Brücken zu bauen zwischen Befürwortern und Gegnern. Wir haben mit ganz vielen Verbänden diskutiert, die Interessen letztendlich eingesammelt, ebenso die Ideen. Das dauert seine Zeit. Ich bin froh, dass wir mit der Sorgfalt an diese schwierige Thematik herangegangen sind, und ich freue mich eigentlich über diesen heutigen Tag.

Zerback: Freuen okay, aber bei der Kritik hört man auch jetzt noch einiges. Diese ganzen vorbereitenden Gespräche haben nicht dazu geführt, dass die Kritik abgeschwollen ist. Wir nähern uns mal dem Ganzen. Zum Beispiel Kinder- und Jugendärzte warnen nach wie vor vor einer Gefährdung der psychischen Gesundheit und auch Studien des Bundesgesundheitsministeriums bestätigen das ja, dass besonders bei unter 25-Jährigen schwere Hirnschäden drohen, weil das Gehirn noch nicht voll ausgereift ist. Warum Cannabis an unter 25-Jährige abgeben?

Blienert: Wir dürfen die Schwierigkeiten nicht verharmlosen, insbesondere was der Konsum von Drogen bei Kindern und Jugendlichen anrichtet. Deshalb ist es notwendig, solche Stimmen mit aufzunehmen und zu hören. Was wir jetzt aber schaffen ist ein Paradigmenwechsel in der Drogenpolitik in Deutschland. Wir verharmlosen nicht den Konsum, sondern wir können das auf ein richtiges, festes Fundment stellen, was mit einer neuen Drogenpolitik verbunden wird, und das ist eigentlich mehr Gesundheitsschutz, eine bessere Prävention, mehr Jugendschutz, weil wir anders über das Thema Drogen in unserer Gesellschaft debattieren können. Die reine Verbotspolitik der Vergangenheit hat in den letzten Jahrzehnten zu mehr Konsum geführt und wir erreichen die Menschen nicht, gerade die Menschen nicht, die Probleme mit dem Konsum bekommen haben, zum Beispiel aufgrund von Verunreinigung des Cannabis.

Zerback: Zum Beispiel hat Minister Lauterbach genau deshalb im Frühjahr eine „riesige Kampagne“ angekündigt, um aufzuklären, die von Ihnen angesprochene Präventionsarbeit zu leisten. Aber da ist zum Beispiel die Finanzierung noch gar nicht gesichert. Ist das Ganze schlecht vorbereitet?

Blienert: Ich habe immer wieder deutlichgemacht, dass wir jetzt in diesem Dreiklang, besseren Gesundheitsschutz, mehr Jugendschutz und die Zurückdrängung des Schwarzmarktes, an allen Stellen aktiv werden müssen. Der Bundesgesundheitsminister wird heute noch eine Aufklärungskampagne vorstellen, auch im Zuge der Vorstellung des Kabinettsentwurfs. Das ist richtig und wichtig, jetzt auch den Einstieg dort zu schaffen. Ich setze mich dafür ein, dass wir auch mehr Präventionsmittel insgesamt für Drogenberatung zum Beispiel in den Schulen auch akquirieren und deutlichmachen, das ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, von der Kommune über die Länder, die eine besondere Verantwortung tragen, aber auch der Bund muss seinen Beitrag leisten. Deshalb ist es aus meiner Sicht auch notwendig, dass Lindner seinen Rotstift bei Seite legt und an der Stelle auch mehr Mittel für die Prävention zur Verfügung stellt. Dafür setze ich mich ein und ich setze auch auf den parlamentarischen Prozess, der jetzt bevorsteht, wenn wir in der Debatte um den Gesetzentwurf jetzt auch das Parlament erreichen.

Zerback: Aber erst mal ist es ja so, dass im nächsten Jahr die Mittel gekürzt wurden, die genau für diese Aufklärungsmaßnahmen vorgesehen sind auf dem Gebiet der Drogen- und Substanzmittelmissbräuche, um zwar um vier Millionen auf 9,2 Millionen. Wie passt das zusammen?

Blienert: Wir haben in den vergangenen Jahren immer ein Fundament gehabt von Präventionsmitteln. Das sind die neun Millionen, die in den letzten Jahren auch immer im Haushaltsentwurf drinstanden. Wir haben die Bedeutung unseres Themas, nämlich der Drogen- und Suchtpolitik, immer deutlichmachen können, indem wir zusätzlich vier Millionen jeweils im parlamentarischen Prozess gewinnen konnten, die wir für Prävention eingesetzt haben. Insofern sind wir immer beim Status quo von neun Millionen gewesen, auch in der Vergangenheit, und wir müssen jetzt alle dafür wieder kämpfen und sorgen, dass wir wieder mehr Mittel für die Prävention akquirieren im laufenden Haushaltsprozess. Das ist das, was das Parlament in den letzten Jahren immer deutlich gemacht hat, wie wichtig es ist, in dem Bereich zu investieren.

Zerback: Herr Blienert, das ist das eine, Gesundheitsschutz. Das zweite erklärte Ziel auch von Karl Lauterbach, des Ministers ist es, den Schwarzmarkt zurückzudrängen. Jetzt ist es so: Das Ganze ist doch furchtbar kompliziert. Wenn man konsumieren möchte, muss man entweder selber anbauen, was auch nicht ganz ohne ist, oder in einen Verein eintreten, Mitgliedsbeiträge zahlen, die Personendaten angeben, man wird überprüft. Das ist ja doch viel komplizierter als auf dem Schwarzmarkt. Was macht Sie so sicher, dass das wirklich so viele Leute mitmachen und nicht doch eher dahingehen, wo Cannabis leichter verfügbar ist?

Blienert: Sowohl mit dem Eigenanbau wie auch mit den Cannabis-Clubs, die jetzt in der ersten Säule im Gesetzentwurf beschrieben sind, gehen wir zwei wichtige Wege innerhalb der Möglichkeiten für Erwachsene, einen regulierten Zugang zu Cannabis zu ermöglichen und zu ebnen. Das sind Wege nicht kommerzieller Art. Die sind immer Bestandteil gewesen auch insgesamt einer Regulierung von Cannabis. Zusammen mit der zweiten Säule der Modellprojekte, was danach Gegenstand der Beratungen sein wird, werden wir ein komplettes Bild haben, was in Europa einmalig ist. Dieser neue Weg braucht diese sorgfältigen Vorbereitungen überhaupt. Ich spreche gerade Europa an. Wenn wir mit der ersten und zweiten Säule diese Möglichkeiten sowohl nichtkommerziell wie auch bei den Modellprojekten, auch mit teilkommerziellen Möglichkeiten Cannabis zu erwerben, gehen, haben wir immer noch die Fragen zu klären, wie geht es überhaupt in der Drogen- und Suchtpolitik in Europa weiter, und auch die Debatte ist aus meiner Sicht ebenfalls zu führen. Das ist notwendig, damit wir insgesamt mehr Gesundheitsschutz auch in Europa in Fragen von Drogen und Sucht und des Konsums verwirklichen können. Deshalb gehört das für mich alles zusammen. Mit dem ersten Schritt haben wir einen wesentlichen Baustein jetzt auf den Weg gebracht, wo wir uns in Europa auf einen neuen Weg insgesamt dort machen können, und viele schauen auf uns, ob es hier gelingt.

Zerback: Ich habe mir auch Ihre Antwort ganz genau angeschaut. Wirklich verstanden, warum man jetzt nicht auf den Schwarzmarkt gehen soll, sondern das selber machen soll, habe ich noch nicht ganz. Es ist auch noch einiges im Schwange, das ist richtig. Wo Sie Europa ansprechen: Diese ganzen Verzögerungen könnten auch damit zu tun haben, dass sich zum Beispiel das Bundesverfassungsgericht überraschend eingeschaltet hat, dass auch EU-Recht die weitgehende Freigabe erschwert. Das Ganze ist juristisch noch nicht ganz wasserfest und könnte auch wieder gekippt werden?

Blienert: Wir haben zurzeit einen Zustand, wo der Konsum auch in Deutschland toleriert wird. Aber die Frage, wo kommt Cannabis her, wo wird es angebaut und wo erwerben diejenigen, die Cannabis konsumieren möchten, für ihren Gebrauch das Cannabis, im Moment sind sie alle auf den Schwarzmarkt angewiesen und wissen nicht, was sie bekommen. Das Cannabis wird immer mal wieder gestreckt. Es hat synthetische Cannabinoide, die wir mit diesem Gesetz auch ausschließen. Das hat häufig zu hohen gesundheitlichen Schädigungen geführt. Das dürfen wir nicht verharmlosen. In dieser Debatte brauchen wir Europa an unserer Seite, dass wir sagen, der Gesundheitsschutz kann nur verwirklicht werden, auch in Deutschland, wenn wir über den Anbau und den Handel auch hier debattieren und reden können und die Möglichkeiten schaffen. Das was wir jetzt machen ist europakonform.

Zerback: Das klingt jetzt aber auch eher nach einem Appell. Jetzt will der Bundesverkehrsminister festlegen, wieviel Cannabis in Zukunft im Straßenverkehr erlaubt ist, äquivalent zur Promillegrenze. Das steht heute Morgen in einer großen Tageszeitung. Mit wieviel THC im Blut sollte man noch Autofahren dürfen?

Blienert: Überhaupt sich im Straßenverkehr zu bewegen, ist unter Drogeneinfluss immer schlecht. Das sollte man vermeiden und das sollte man gar nicht machen, weil psychoaktive Substanzen immer noch eine Nachwirkung haben. Wenn wir jetzt über Grenzwerte reden, ist es notwendig, weil wir bisher auch dort im Straßenverkehr keine klaren Regelungen haben, ab wann die Menschen nicht mehr fahrtüchtig sind, und deshalb bin ich sehr froh darüber, wenn der Verkehrsminister jetzt einen Vorschlag macht, wie hoch der Grenzwert dort sein soll. Das gibt Sicherheit für die Polizei, die letztendlich bei den Kontrollen auch entscheiden muss, ab wann sind weitere Untersuchungen notwendig. Wir wissen, dass Cannabis sich anders abbaut als Alkohol im Körper. Es ist häufig dann noch nachweisbar, wenn überhaupt keine Wirkung mehr vorhanden ist. Deshalb ist es immer dann eine Frage der Einschätzung, ist die Fahrtüchtigkeit noch gegeben oder nicht gegeben. Eine Hochsetzung des Grenzwertes wäre an der Stelle äußerst sinnvoll, weil wir damit nicht Menschen kriminalisieren, die aber sehr fahrtüchtig sind, weil der Konsum mehrere Tage zurückliegt, aber noch immer nachgewiesen werden kann im Körper, dass irgendwann mal Cannabis konsumiert wurde. Insofern ist es schon ein großer Fortschritt, wenn wir dort an die Grenzwerte jetzt herangehen.

Zerback: Es klingt aber auch da so, dass es nicht ganz einfach ist, weil es auch mit der wissenschaftlichen Datenbasis dort nicht ganz leicht ist. Ich fasse noch mal zum Ende unseres Gespräches zusammen. Wir haben die Kritik aus den unionsgeführten Ländern gehört, die sich auch an den Modellregionen gar nicht beteiligen wollen. Wir haben die gesundheitlichen Bedenken gehört. Die Polizei kritisiert, dass da zu viel überprüft werden muss in nächster Zeit, übrigens auch der Deutsche Richterbund, der sagt, wir werden da nicht entlastet, sondern eher noch belastet. Wenn da so viel Kritik aus so vielen unterschiedlichen Richtungen kommt, ist es dann wirklich ratsam, das gegen all diese Widerstände jetzt durchzudrücken?

Blienert: Wenn man einen neuen Weg gehen möchte, dann wird man immer wieder konfrontiert mit anderen Einschätzungen. Es ist immer ein Blick in die Zukunft, wie entwickelt sich was. Wenn ich aber zurückschaue auf die jetzige Situation, das macht mich überhaupt nicht glücklich und zufrieden. Deshalb sagen auch viele Verbände aus der Suchtberatung, aus dem Kreis, die sich schon seit vielen Jahren mit der Frage Drogenkonsum in unserer Gesellschaft beschäftigen, dass der Weg einer Regulierung, eines Zurückerlangens einer Kontrolle über einen Schwarzmarkt der sinnvollere Weg ist hinsichtlich von mehr Gesundheitsschutz und insbesondere auch von Jugendschutz, was ja unser wichtigstes Anliegen sein soll, nämlich Kinder und Jugendliche insgesamt vor Gefahren zu schützen.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.